

Politischer Streik

Ausstand des Zugpersonals

Daniel Behruzi

In dieser Woche wird erneut mindestens jeder zweite Zug in Deutschland stillstehen. Wer ist schuld? Mainstreammedien, bürgerliche Politiker und Konzernchefs sind sich einig: der »Bahnsinnige« Claus Weselsky, Vorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL). Nur um der Konkurrenzgewerkschaft EVG ein paar Mitglieder abzujagen, legt er (ganz allein?) die halbe Republik lahm. Dagegen helfe nur eine Beschränkung des Streikrechts. Es ist genau diese Stimmung, die kurz vor Verabschiedung des Gesetzes zur »Tarifeinheit« geschürt werden soll. Auch wenn sie sich öffentlich eher zurückhält - die Bundesregierung hält dabei die Fäden in der Hand.

»Alle Beteiligten müssen sich fragen, ob der Schaden, den dieser Ausstand anrichten könnte, noch in einem vernünftigen Verhältnis zur eigentlichen Auseinandersetzung steht«, ließ SPD-Chef Sigmar Gabriel in der montäglichen *Bild* verlauten. Mit »alle Beteiligten« ist in diesem Fall sicher die GDL gemeint. Dabei hätte sich der Bundeswirtschaftsminister durchaus selbst in den Appell einschließen können. Denn die Bundesregierung ist ein maßgeblicher Akteur in diesem Konflikt. Mehr noch: Sie trägt die Hauptverantwortung für dessen Eskalation, unter der nun erneut die Fahrgäste zu leiden haben.

Seit gut 20 Jahren ist die Deutsche Bahn privatrechtlich als Aktiengesellschaft organisiert. Auch wenn der nächste Versuch der Kapitalprivatisierung womöglich nicht mehr lange auf sich warten lassen wird: Noch gehören alle Anteile dem Bund. Und als Eigentümer hat der Staat naturgemäß entscheidenden Einfluss auf Zusammensetzung und Agieren des Managements. Doch er nutzt diese Position nicht, um für einen partnerschaftlichen Umgang im Unternehmen und ein funktionierendes Eisenbahnwesen zu sorgen. Im Gegenteil: Die Bundesregierung gießt Öl ins Feuer.

Sie folgt dabei ausschließlich politischen Erwägungen. Das machen schon die Zahlen deutlich: Rund 200 Millionen Euro hat der Konzern allein durch die bisherigen sieben Arbeitsniederlegungen verbrannt. Mit diesem Geld hätten Entgelterhöhungen und verbesserte Arbeitsbedingungen fürs Zugpersonal über Jahre hinweg finanziert werden können. Dass die Bahn-Spitze nun erneut Millionen zum Fenster hinauswirft - vom Verlust an Image und Kundenzufriedenheit ganz abgesehen - ist ausschließlich dem Ziel geschuldet, das Streikrecht sturmreif zu schießen.

Die GDL gibt darauf die einzig mögliche Antwort. Sie hat gar keine andere Wahl, als die Arbeitskampfmaßnahmen zu eskalieren. Würde sich die Gewerkschaft weiter auf die Hinhaltenaktik des Unternehmens einlassen, könnten ihr womöglich bereits im Sommer weitere Streiks mit Hilfe des neuen Gesetzes untersagt werden. Vor diesem Hintergrund ist es fatal, wenn Klaus Dauderstädt in der *Süddeutschen Zeitung* vom Montag für eine Schlichtung plädiert. Damit macht der Chef des Beamtenbundes das Zeitspiel mit - und fällt seiner Mitgliedsorganisation GDL in den Rücken.

<http://www.jungewelt.de/2015/05-05/064.php>